



Ecuador am Scheideweg - Von der Dauerkrise zum demokratischen Neubeginn?

Dr. Michael Langer

- *Die Proteste und Demonstrationen im April 2005 in Ecuador richteten sich gegen die gesamte politische Elite und das politische System – eine präsidentiale Demokratie, in der die Glaubwürdigkeit von Politikern, Parteien und Parlament schwer beschädigt sind.*
- *Große Unterschiede zwischen Regionen und Volksgruppen beeinträchtigen den Prozess einer nationalen Identitätsfindung und die nachhaltige Konsolidierung eines demokratischen Staatsgebildes.*
- *Regierung und (neue) Parlamentsmehrheit stehen angesichts der fortbestehenden Rechtsunsicherheit und Schwächung fast aller zivilen und politischen Organisationen unter einem enormen Zeit- und Erfolgsdruck.*
- *Die Ruinen einer zerstörten Institutionenlandschaft können nur bedingt als Ausgangspunkt für die notwendigen Reformen oder gar als Grundpfeiler einer neuen Gesellschaftsordnung genutzt werden.*
- *Ecuador spielt eine strategische Rolle für die Bewältigung der latenten Konflikte in der Andenregion – als potentieller Ruhepol oder als Unruheherd.*

Die Ereignisse des April 2005

Die Protestaktionen, die am 20. April 2005 zum dritten Sturz eines gewählten Präsidenten in acht Jahren führten, stellten den vorläufigen Höhepunkt in einer Auseinandersetzung dar, die den ecuadorianischen Staat in seinen Grundfesten erschütterte. Der bisherige Präsident Lucio Gutiérrez musste nach 2 Jahren und 3 Monaten Amtszeit ins Asyl nach Brasilien flüchten und wurde von seinem Vizepräsidenten Alfredo Palacio, einem 66-jährigem Arzt mit begrenzter Politikerfahrung als ehemaliger Gesundheitsminister, abgelöst.

Die siebentägigen Demonstrationen in der Hauptstadt Quito, die - zunächst spontan und

angespornt von einem kritischen Radiosender ("Radio Luna") - sich später zu einer Massenbewegung verstärkten, brachten aber nicht nur den Sturz einer von Korruptionsskandalen und Günstlingswirtschaft ausgezehrten Regierung. Die Proteste der politikverdrossenen Jugendlichen und Bürger aus Quitos Mittelschicht, die von Gutiérrez abfällig als „forajidos“ (i.d. freien Übersetzung Banditen/Gesetzlose) bezeichnet werden, richteten sich auch gegen das herrschende politische System in Ecuador - einer präsidentialen Demokratie, in der die Glaubwürdigkeit und das Ansehen von Politikern, Parteien und Parlament schwer beschädigt sind.

Der größte Schaden wurde den politischen und rechtlichen Institutionen von der Regierung Gutiérrez selbst zugefügt, in dem sie die Gewaltenteilung eines demokratischen Staatswesens nicht akzeptieren wollte. Im Dezember 2004 war es der Regierung und einer mit ihr verbündeten Parlamentsmehrheit verschiedener populistischer Gruppen in einem handstreichartigen Verfahren gelungen, Verfassungsgericht, Wahlbehörden und Obersten Gerichtshof mit politischen Ge-

folgsleuten zu besetzen. Der (neue) Oberste Gerichtshof verfügte daraufhin im März 2005 die Rückkehr von ehemaligen und im Exil befindlichen Mandatsträgern - darunter der umstrittene, ebenfalls gestürzte Ex-Präsident Abdalá Bucarám, gleichzeitig Führer der populistischen „Partido Roldosista Ecuatoriano“ (PRE). Seine Rückkehr, als triumphales Medienereignis inszeniert, wurde gekrönt von Gutiérrez öffentlichem Bekenntnis zu einem zweifelhaften Demokratieverständnis: Er bezeichnete sich selbst als "Diktokraten" – Demokrat für die einen ("das Volk"), Diktator für die anderen ("die Oligarchie").

Als die Regierung versuchte, den wachsenden Protesten mit organisierten Gegendemonstrationen und massivem Polizeieinsatz zu begegnen, waren ein zeitweiliger Ausnahmezustand und Straßenkämpfe die Folge. Am 20. April kippten dann die Mehrheitsverhältnisse im Nationalkongress, der Gutiérrez wegen "Verlassen des Amtes" absetzte und Alfredo Palacio ernannte. Nach diesem verfassungsmäßig zweifelhaften Schritt entzogen ihm auch die Streitkräfte ihre Unterstützung, ermöglichten ihm jedoch gleichzeitig die Flucht aus dem Präsidentenpalast. Letztlich war es aber eine spontane Rebellion - ohne Anführer und mit anarchistischem Touch - der Forajidos" gewesen, die Gutiérrez und seine Verbündeten aus den Ämtern getrieben hatte. Dabei wurde Gutiérrez aber nur als Symbol und offensichtliche Spitze einer zur Interessenwirtschaft verkommenen Demokratie angesehen. Auch der neue Präsident Palacio sah sich sogleich mit der allgemeinen Forderung nach dem "Rücktritt aller" ("Fuera Todos") konfrontiert.

Politikverdrossenheit oder Versagen der politischen Parteien?

Der beschriebene Zerfall der politischen und rechtlichen Institutionen war sicher der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, deren Ursachenanalyse erst begonnen hat. Dabei war es insbesondere die zunehmende Rechtsunsicherheit, die den Vertrauensverlust auch der politischen Parteien und des Nationalkongresses verstärkten. Dies zeigte sich im November des vergangenen Jahres im noch erfolglosen Versuch der Oppositionsparteien PSC (Partido Social Cristiano), ID (Izquierda Democrática) und Pachakutik, Gutiérrez über ein Misstrauensvotum ("juicio político") im Parlament verfassungskonform abzusetzen. Mit dessen Scheitern wurde auch die Unfähigkeit des von Kleinstparteien und Parteilosen zersplitterten Parlamentes deutlich, seine Gesetzgebungs- und Kontrollfunktionen effektiv auszufüllen. Lediglich vier

Gesetze fanden in 2004 eine Mehrheit; unterstützt durch das in der präsidialen Demokratie Ecuadors vorgesehene Vetorecht der Regierung, blockierten Regierung und wechselnde Parlamentsmehrheiten ihre jeweiligen Gesetzesvorhaben gegenseitig.

Als es dann Regierung und populistischen Parteien gelang, ihre Parteigänger als Mandatsträger der höchsten Gerichtsbarkeit zu installieren, war die Zwischenbilanz klar: in einer weitgehend zerstörten Institutionenlandschaft hatte die Exekutive die Judikative übernommen, und die in der Bevölkerung als käuflich verschrienen Abgeordneten der Legislative hatten ihre Reputation weitgehend verloren. Eine millionenschwere Propagandakampagne der Regierung (teilweise tituliert mit: "ein Volk, ein Führer, eine Zukunft") konnte zwar die Beliebtheitswerte des Präsidenten zeitweise auf etwa 30 % erhöhen, steigerte aber auch gleichzeitig die angestaute Frustration über den kurzfristigen Opportunismus politischer Parteien und die eigene Machtlosigkeit der Gutiérrez-Kritiker.

Die traditionellen Parteien (ID, PSC) hatten der innerparteilichen oder programmatischen Diskussion in der Vergangenheit kaum Bedeutung beigemessen und zeigten dies auch in ihren weitgehend undurchlässigen personellen Strukturen. Dies trifft erst recht für die populistischen Gruppen: PRE, Partido Renovador Institucional Acción Nacional (PRIAN) und die ehemalige Regierungspartei ‚Partido Sociedad Patriótica‘ (PSP) zu. Das Profil letzterer wird von caudillistischen Parteiführern (Abdalá Bucarám, Alvaro Novoa) mit Ambitionen auf das Präsidentenamt gezeichnet. Zwar konnten sich die anerkannten Bürgermeister von Quito und Guayaquil zeitweise als Führungspersonlichkeiten in den Protesten gegen die Regierung etablieren, doch der Protest der Bürger Quitos und der Bewegung der "Forajidos" war in erster Linie ein Ausdruck der Ablehnung gegen die gesamte politische Elite des Landes.

Ebenso fehlt es an Politikvorschlägen aus den korporativistischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die klientelistische Regierungspolitik hatte zu einer Spaltung des indigenen Dachverband CONAIE geführt; Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften ihrerseits schienen gefangen in einem lobbyistischen Netz kurzfristiger Interessenvertretung und Vorteilssuche. Diese etablierten Institutionen der Zivilgesellschaft könnten somit als zweiter Verlierer der Proteste gegen das politische System gesehen werden.

Nationale Identitätskrise und Probleme der Weltmarktintegration

Die zerstörte Institutionenlandschaft ist Abbild tiefgreifender struktureller Probleme in der Gesellschaft. Als relativ kleines Land verfügt Ecuador über große kulturelle und ethnische Unterschiede zwischen den Regionen und zwischen den Volksgruppen; der Prozess einer nationalen Identitätsfindung ist nicht abgeschlossen und beeinträchtigt die nachhaltige Konsolidierung eines demokratischen Staatsgebildes. Gerade der immer wieder aufkeimende Regionalismus und die Konkurrenz zwischen Bürgertum des Hochland und Wirtschaftsführern der Küstengebiete verhindern die Umsetzung nationaler Entwicklungspolitiken, blockieren andererseits aber auch einen Konsens über realistische Dezentralisierungsstrategien in einem nationalstaatlichen Kontext.

Inmitten dieser Identitätskrise sah sich das Land in den letzten zehn Jahren zahlreichen exogenen Schocks gegenüber, auf die nur unzureichend politische Antworten gefunden wurden. Die Aufgabe der eigenen Währung zugunsten des US-Dollars, die massenhafte Auswanderung von Ecuadorianern, aber auch die Einrichtung der größten US-Militärbasis auf dem südamerikanischen Kontinent (im Küstenort Manta) können als Phänomene einer Weltmarktintegration angesehen werden, die nur wenige Bürger des Landes akzeptiert oder gar verarbeitet haben. Auch werden die aktuellen Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA (zusammen mit Peru und Kolumbien) oft nur als ein weiterer Schritt in einem Prozess des nationalen Souveränitätsverlustes empfunden. Da aufgrund der massiven Auswanderung die sozialen Netze zerrissen sind und familiäre Kontexte fehlen, hat das kurzfristige Eigennutzstreben teilweise extreme Ausmaße angenommen. Ecuador gilt inzwischen laut Report von Transparency International als einer der korruptesten Staaten in Lateinamerika, wobei Korruption und die Exklusion von der Teilhabe an wirtschaftlicher und politischer Macht sich wechselseitig verstärken.

Dass es gerade ein politischer "Aufsteiger aus einfachen Verhältnissen" (Gutiérrez) war, der dieses Empfinden zunächst kanalisierte und im Jahre 2002 zu einem Wahlerfolg ummünzen konnte, dass sich diese Regierung dann aber im eigenen Netz von Nepotismus und Günstlingswirtschaft verdingte, mag als eine Ironie des Schicksals erscheinen. Andererseits zeigen gerade die Art seines Sturzes durch eine spontane Massenbewegung (Forajidos) und die immer wieder aufkommenden Forderungen nach dem Rücktritt aller Politiker, dass die Staatskrise in Ecuador weiteren Höhepunkten zuzusteuern

droht. Die Ruinen einer zerstörten Institutionenlandschaft können jedoch nur bedingt als Ausgangspunkt für die notwendigen Reformen oder gar als Grundpfeiler einer neuen Gesellschaftsordnung genutzt werden. Viele der Funktionsträger sind diskreditiert und selbst das Angebot der neuen Regierung Palacio, an "Runden Tischen" eine Brücke zu den politischen Maximalforderungen der Protestierer zu bauen, wird mit Skepsis aufgenommen.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), selbst in einem Umstrukturierungs- und Selbstfindungsprozess befindlich, hatte sich lange geweigert, die sich verstärkende Staatskrise in Ecuador ernst zu nehmen. Die Berichte und Warnungen wegen der Eingriffe in die Gewaltenteilung und die Menschenrechtsverletzungen bei den Bürgerprotesten wurden weitgehend ignoriert. Hier scheint eine Fehleinschätzung der Lage durch die USA eine besondere Rolle gespielt zu haben; zudem galt der ehemalige Militär Gutiérrez als verlässlicher Bündnispartner in der Eindämmung des Konfliktes im kolumbianischen Nachbarland sowie in der Umsetzung des geplanten Freihandelsabkommens. Zu wenig wurde beachtet, dass Ecuador zwar einen der relativ höchsten Verteidigungshaushalte, aber keinen Spielraum für Sozialausgaben hat. Des Weiteren erzielt das Land zwar Rekordeinnahmen für sein Exportgut Erdöl, diese werden aber fast vollständig von der Bedienung der Auslandsverschuldung aufgezehrt.

Erst nach dem Sturz der Regierung wachte der Staatenbund auf - besorgt, dass der "Ecuador-Effekt" einer Protestbewegung aus Politikverdrossenheit zur Destabilisierung einer ganzen Region führen könnte. Eine OAS-Kommission, die Ecuador besuchte und die Vorgänge um den Präsidentensturz untersuchte, schwankte im Ergebnis zwischen unverbindlichen Empfehlungen zur Stärkung des Demokratisierungsprozesses und vorsichtigen Drohungen über eine mögliche Anwendung des OAS-Interventionsmechanismus'.

Dabei wurde deutlich, dass das kleine Land eine strategische Rolle als potentieller Ruhepol oder auch Unruheherd für die Bewältigung der latenten Konflikte in den Andenländern spielen kann - besonders aufgrund der geographischen Lage im Zentrum der Andenregion. Die potentiell konfliktverschärfenden Faktoren sind sehr verschieden und reichen vom ethnisch-kulturell begründeten internen Konfliktpotential über aufkommende Sympathien für die Ideen einer "bolivarianischen Revolution" bis zu den schwer zu kontrollierenden Aktivitäten des internationalen Drogenhandels und der "Geldwäsche".

Schwierige Aufgaben für Regierung und Parlament

Der Regierungswechsel hat die Gemüter aber noch nicht beruhigen können. Die vordringlichsten Aufgaben, die Wiederherstellung der demokratischen Institutionen und der Rechtssicherheit im Lande sowie die soziale und politische Legitimierung des Regierungsamtes gegenüber den Protestbewegungen, die zum Sturz seines Vorgängers führten, werden in der kurzen Amtsfrist (20 Monate) nur unvollständig zu bewältigen sein.

Präsident Palacio, der selbst eher einem nationalkonservativen Politikspektrum zuzuordnen ist, hat versucht, sowohl nicht parteipolitisch "belastete" Vertrauenspersonen als auch reformorientierte Kritiker des bisherigen neoliberalen Wirtschaftskurses ins Kabinett zu berufen. Verstimmungen in den internationalen Beziehungen sind vorprogrammiert. So präsentierte sich der neue Regierungsminister (vergleichbar Innenminister) Mauricio Gándara mit dem Anspruch einer Rückgewinnung nationaler Souveränität und forderte eine Überprüfung der Vereinbarungen mit den USA über die Nutzung der Militärbasis Manta sowie die Einstellung der Besprühung von Cocafeldern in den Grenzregionen Kolumbiens.

Der neue Wirtschaftsminister Rafael Correa, als Akademiker ein profiliertes Kritiker der Dollarisierung und des Rückkaufes von Auslandsschulden, kündigte seinerseits die Reform eines wirtschaftlichen Schlüsselgesetzes (Stabilitätsfonds "FEI-REP") an. In Zukunft soll ein größerer Anteil der Erdöleinnahmen für Sozialausgaben verwendet werden. Das Verhandlungsteam zum Freihandelsabkommen mit den USA wurde ebenfalls neu besetzt; ein stärkerer Schutz der eigenen Agrarwirtschaft und der überlieferten medizinischen und kulturellen Eigentumsrechte soll erreicht werden. Auch Arbeitsminister Galo Chiriboga und Energieminister Fausto Cordovez sehen sich vor wichtige strategische Politikentscheidungen gestellt: die Modernisierung des Arbeitsrechtes oder die Zulassung ausländischer Investitionen im Energiesektor sind in der Öffentlichkeit heiß umstritten und lobbyistischem Druck ausgesetzt.

So unprogrammatisch wie die Forderungen der "Forajidos" waren, so unsystematisch stellt sich der weitere Prozess der öffentlichen Diskussion dar. An den Universitäten und in zahlreichen Stadtvierteln haben sich sogenannte "Volksversammlungen" ("asambleas populares") etabliert, auf denen ad-hoc-gewählte oder selbsternannte Volksvertreter ihre Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen einfordern. Die neue Regierung selbst will auf Gesprächsforen die

Vorschläge der Versammlungen aufgreifen und in ihre Politiken integrieren - ein Verfahren, das aufgrund seiner Unverbindlichkeit schon bald die Quelle weiterer Unzufriedenheit sein kann.

Vor einer nicht minder großen Herausforderung stehen der Nationalkongress und die schwer angeschlagenen politischen Parteien. Der Forderung der eher "unorganisierten" Zivilgesellschaft nach Neuordnung des politischen Systems, nach einer "Entpolitisierung" der staatlichen Gewalten und nach einem Selbstreinigungsprozess des Parlaments (sprich: Rücktritt) wurde mit Mechanismen des Selbstschutzes begegnet. Einigen Parteiwechslern wurde in einem Schnellverfahren ihr Abgeordnetenstatus aberkannt - mit dem beabsichtigten Nebeneffekt einer Stärkung der ehemaligen Oppositions- und jetzigen Mehrheitsfraktionen (PSC, ID und Pachakutik). Auch die Einsetzung eines temporären Obersten Gerichtshofes und die Aberkennung aller Entscheidungen derselben Instanz für den Zeitraum ab Dezember 2004 sorgte für zusätzliche Polemik und Rechtsunsicherheit. Schon haben sich neue Gruppen von "Forajidos" gebildet, die vor dem Nationalkongress wieder mit der Parole "Rücktritt aller" demonstrierten.

Zwar überwiegt in den traditionellen politischen Parteien die Erkenntnis über die Notwendigkeit eines politisch-ethischen Neubeginns, jedoch sind bisher keine programmatischen Antworten auf die Forderung nach größerer Transparenz und demokratischer Durchlässigkeit der parteiinternen Strukturen auszumachen. So stehen Regierung und (neue) Parlamentsmehrheit angesichts der fortbestehenden Rechtsunsicherheit und Schwächung fast aller zivilen und politischen Organisationen unter einem enormen Zeit- und Erfolgsdruck. Es gibt keine stabilen Mehrheiten für die Durchsetzung der notwendigen Verfassungsreformen in den Bereichen (Gerichtshöfe, Wahlrechtsreform und Parteiengesetz). Auch bei den Gesetzesvorhaben zu neuen Schwerpunktsetzungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich werden instabile Parlamentsmehrheiten und eingefahrene Praktiken der Mehrheitsbeschaffung ein Problem für die Durchsetzung eines Politikwechsels darstellen.

Rechtsstaatliche Neuordnung als realistische Zukunftschance?

Die Abwägung von Szenarien zukünftiger Entwicklungen wird einmal von den vorhandenen Rigiditäten in der Gesellschafts- und Sozialstruktur als auch von den realen Möglichkeiten eines kurzfristigen Wandels in der politischen Kultur eingegrenzt. Von allen politischen oder zivilge-

sellschaftlichen Gruppen – sei es aus grundsätzlichen oder aus opportunistischen Motiven – wird eine umfassende Verfassungsreform gefordert. Die alternativen Wege dahin sind vorgezeichnet: Eine verfassungsgebende Mehrheit im Nationalkongress müsste Änderungen in den Auswahlmechanismen für die Richterämter (Höchstes Gericht und Verfassungsgericht) sowie für die wichtigen obersten Wahlbehörden beschließen. Außerdem wird eine Änderung des Wahlgesetzes diskutiert. Wahlen sollen nach bevölkerungsgleichen Distrikten stattfinden, nicht mehr nach Provinzen. Außerdem soll die Möglichkeit einer Abwahl von Abgeordneten eingeführt werden. Angesichts der bestehenden Differenzen zwischen den Parlamentsfraktionen, der Regierung und der fortbestehenden öffentlichen Protesthaltung ist die Änderung des Wahlgesetzes jedoch ein sehr unwahrscheinliches Szenarium.

Auch die Regierung sieht sich in einer Art "Zwickmühle", nachdem sie ihre eigene Existenzberechtigung auch von der Erfüllung der Forderungen der "Forajidos" abhängig gemacht hat. Und diese fordern neben dem Rücktritt der Abgeordneten in erster Linie eine "Verfassungsgebende Versammlung", welche über zusätzliche Elemente einer direkten Demokratie (asambleas populares) und über Volksabstimmungen eine öffentliche Kontrolle der Mandate ermöglichen soll; der Vertrauensverlust der politischen Parteien führt auch teilweise zur Forderung nach vollständiger Abschaffung derselbigen. Zusätzlich hat sich die Regierung öffentlich verpflichtet, eine Volksbefragung zu den wichtigen Themen wie Verfassungsreformen, Wahlrechtsänderung, Freihandelsabkommen etc. innerhalb einer Frist von 180 Tagen durchzuführen.

Die letzte Verfassungsreform fand im Jahre 1998 statt. Ob bei der anstehenden Befragung als Ergebnis tatsächlich wieder eine Verfassungsreform ansteht oder eine "verfassungsgebende Versammlung" einberufen werden soll, ist noch unklar. Auch scheint es derzeit wenig strategische Überlegungen zu geben, ob z.B. eine Änderung des Wahlgesetzes tatsächlich in einem zwingenden Zusammenhang mit einer Verfassungsänderung zu sehen ist. Es herrscht vielmehr in Ecuador, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern, der Glaube, politische Reformen und die größere politische Teilhabe aller sei mit einer Verfassungsänderung erreichbar.

Zwei Ergebnisse der geplanten Volksbefragung sind denkbar und bergen Risiken: Sollte die Befragung sehr weitgehend gefasst sein, so könnte damit u.a. das Verhandlungsmandat um

das Freihandelsabkommen gefährdet sein. Wäre die Befragung eher eng gefasst und in erster Linie auf die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung bezogen, dann würde die Regierung ihre Führung im weiteren Diskussionsprozess abgeben; auch könnte diese Versammlung dann ihr Mandat selbständig erweitern. Außerdem würde zunächst eine sehr konfliktive Diskussion über die potentielle Zusammensetzung (politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen) anstehen.

Nach der voreiligen Festlegung der Regierung ist eine Volksbefragung zu den wichtigsten Themen ohne die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung das wahrscheinlichste Szenario. Auch wird wohl der nächste Termin für Kongresswahlen zur Abstimmung gestellt werden. Mit einem solchen Verfahren könnte sich der Nationalkongress ohne weiteres einverstanden erklären, zumal dieser einer Entscheidung über die Durchführung einer Volksbefragung mehrheitlich zustimmen muss. Die dann zu erwartende Unzufriedenheit über das ausgewählte Verfahren, aber auch die überspannten Erwartungen an die zusammengewürfelte Regierungsmannschaft werden voraussichtlich zu weiteren Protesten in der Öffentlichkeit führen. Ohne dass direkt eine Wiederholung der Eskalation vom April befürchtet werden muss, ist eine schnelle Stabilisierung des Landes somit nicht zu erwarten.

Aufgrund der beschriebenen strukturellen Probleme Ecuadors werden aber spätestens die nächsten Kongresswahlen zur weiteren Nagelprobe für das demokratische System des Landes werden. Die verbreitete Diskreditierung der landesüblichen Parteipolitik wird – trotz der negativ-Erfahrungen mit Gutiérrez und Bucarám – wieder einer populistischen Tendenz im Wählerverhalten Vorschub leisten. Die traditionellen Parteien haben nicht viel Zeit, sich auf diese möglichen Entwicklungen mit glaubwürdigen Gegenstrategien vorzubereiten. Auch hier wirken die Nachwehen des Nationenbildungsprozesses, die regionalen Ungleichheiten und die Probleme bei der Umsetzung einer dialogorientierten Politikultur als Hemmschuhe für den Aufbau von Parteien mit demokratischen Strukturen und national orientierten Programmen.

Vielmehr besteht die latente Gefahr, dass die Erfahrungen mit Präsidentenstürzen in Quito zu schneller Nachahmung verleiten könnte und dass die unkoordinierten Autonomiebestrebungen verschiedener Provinzen die bestehende Fragmentierung von Politik, Gesellschaft und Staatsordnung verstärken könnten. Nicht nur in diesem Extremfall wäre die gesamte Region von den Auswirkungen betroffen. Schon jetzt zeigt sich an der besorgten Kommentierung der

Ereignisse in den Nachbarländern, dass ähnliche Problemstrukturen und hier insbesondere die weitverbreitete Politikverdrossenheit ein ernstzunehmendes Problem für alle Andenländer darstellen.

Kontakt in Deutschland:
Kristina Birke
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ/Lateinamerika und Karibik
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Tel. 0228/883-532
Fax: 0228/883-404
E-Mail: kristina.birke@fes.de

Präsident

Dr. Alfredo Palacio Gonzalez

Vizepräsident

Dr. Alejandro Serrano Aguilar

Ministerämter

- Gobierno y Policía (Inneres und Polizei)
Dr. Mauricio Gándara
- Relaciones Exteriores (Außenbeziehung)
Dr. Antonio Parra Gil
- Defensa (Verteidigung)
Gral(r). Solón Espinosa
- Economía y Finanzas (Wirtschaft und Finanzen)
Dr. Rafael Correa
- Energía y Minas (Energie und Minen)
Fausto Cordovez Chiriboga
- Comercio Exterior, Industrialización y Pesca
(Außenhandel, Industrialisierung und Fischerei)
Dr. Oswaldo Molestina
- Agricultura y Ganadería (Land- u. Viehwirtschaft)
Pablo Rizzo
- Turismo (Tourismus)
Sra. María Isabel Salvador
- Ambiente (Umwelt)
Ana Albán Mora
- Bienestar Social (Wohlfahrt/Soziales)
Alberto Rigail Arosemena
- Educación (Erziehung)
Dra. Consuelo Yáñez
- Obras Públicas (Infrastruktur)
Derlis Palacios
- Salud Pública (Gesundheit)
Dr. Wellington Sandoval
- Desarrollo Rural y Vivienda (Ländliche Entwicklung
und Bauwesen)
Armando Bravo Núñez
- Trabajo y Recursos Humanos (Arbeit und Ausbildung)
Dr. Galo Chiriboga Zambrano